

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

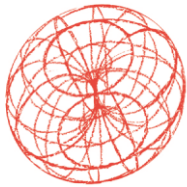
Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Herbstsession 2015

Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht die Vorstösse rund um den Asylbereich zu erwähnen. Neben den vom Bundesrat vorgeschlagenen [Gesetzesänderungen im Asylbereich](#) beschäftigt sich der Nationalrat (wie auch der Ständerat) im Rahmen einer ausserordentlichen Session mit der Motion der Fraktion SVP „[Für ein sofortiges Asylmoratorium](#)“, welches den Bundesrat beauftragen will, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für ein Jahr ausser Kraft zu setzen. Weiter von Interesse ist das Postulat „[Bericht des Bundesrats über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit](#)“ der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), das vom Bundesrat einen Bericht zu den Massnahmen und Aktionen zur Bekämpfung von Kinderarbeit fordert. Drei weitere Vorstösse befassen sich mit der Armutsbekämpfung. Einerseits sind dies zwei Vorstösse zur steuerlichen Entlastung des Existenzminimums bzw. der Besteuerung von Sozialhilfe (Motion WAK-S: „[Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums](#)“; Standesinitiative Kanton Bern: „[Besteuerung von Sozialhilfeleistungen](#)“) und andererseits die Volksinitiative: „[Für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle](#)“.

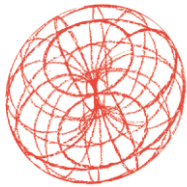
Der **Ständerat** befasst sich mit der Motion Schmid-Federer „[Nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing](#)“. Der Vorstoss fordert eine national koordinierte Bekämpfung von Cyberbullying und Cybermobbing, eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Eltern sowie eine breitangelegte nationale Aufklärungskampagne über die Thematik. Weiter befasst er sich mit dem Entwurf der Staatspolitischen Kommission zur parlamentarischen Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](#)“, welche zum Ziel hat, dass Ausländer der dritten Generation auf Antrag eingebürgert werden. Wie der Nationalrat wird auch der Ständerat im Rahmen einer ausserordentlichen Session die Motion Föhn „[Für ein sofortiges Asylmoratorium](#)“ beraten. Schliesslich befasst sich der Ständerat mit zwei Berichten zu völkerrechtlichen Verträgen. Einerseits mit dem [Bericht des Bundesrats zu den Erfahrungen mit 40 Jahren EMRK-Beitritt der Schweiz](#) (in Erfüllung des [Postulats Stöckli 13.4187](#)). Andererseits mit dem Bericht des Bundesrats zu den [abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen 2014](#).

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Vorschau unten).

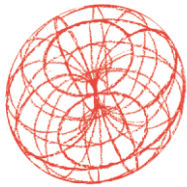
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



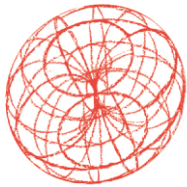
Datum	Nationalrat	Ständerat
07.09.2015	<p>14.419 (Parlamentarische Initiative Müller-Altmett): Melderecht bei pädokriminellen Taten. Artikel 364 des Strafgesetzbuches ist wie folgt zu ändern: Ist an einem Minderjährigen eine strafbare Handlung begangen worden, so sind die an das Amts- oder das Berufsgeheimnis (Art. 320 und 321) gebundenen Personen sowie die an vertragliche Geheimhaltungspflichten gebundenen Personen berechtigt, dies in seinem Interesse der Kinderschutz- oder der Strafverfolgungsbehörde zu melden. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p> <p>15.416 (Parlamentarische Initiative Feri): Überprüfung der Familienverträglichkeit von Erlassentwürfen. Artikel 141 Absatz 2 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung wird mit dem Begriff „Familie“ ergänzt. Er lautet dann: „die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, künftige Generationen und Familien;“... Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p>	-
08.09.2015	<p>15.030 (Geschäft des Bundesrats): Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Protokoll Nr. 15. Genehmigung. Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) soll sichergestellt und verbessert werden. Der Bundesrat hat deshalb die Botschaft zur Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) verabschiedet. Das Protokoll Nr. 15 stärkt das Subsidiaritätsprinzip und den Ermessensspielraum der Vertragsstaaten. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	<p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat hat in der ersten Lesung einige Abweichungen zum Bundesrat beschlossen. Der Ständerat behandelt die Differenzen zum Nationalrat.</p>



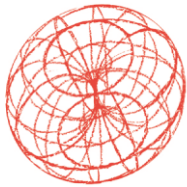
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.09.2015		<p><u>12.4161</u> (Motion Schmid-Federer): Nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing. Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing vorzulegen. Diese Strategie soll mindestens beinhalten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. eine national koordinierte Bekämpfung von Cyberbullying und Cybermobbing;2. eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte von Opfern;3. eine breit angelegte nationale Aufklärungskampagne über die Gefahren des Cyberbullying und Cybermobbing <p>Der Bundesrat hat die Motion zur Ablehnung empfohlen, der Nationalrat hat sie jedoch angenommen.</p>
09.09.2015	<p><u>14.063</u> (Geschäft des Bundesrats): Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs. Der Bundesrat will die Asylverfahren rascher und fair abwickeln und dazu den Asylbereich neu strukturieren. Nachdem bereits die Kantone, Städte und Gemeinden an zwei nationalen Asylkonferenzen die Neustrukturierung gutgeheissen haben, hat der Bundesrat die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet. Demnach soll die Mehrheit der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität der Verfahren weiterhin sicherzustellen, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt. Das Asylgesetz betrifft insbesondere auch Regelungen für Minderjährige Asylsuchende. Der Ständerat hiess die Revision des Asylgesetzes gemäss der Vorlage des Bundesrats gut. Entgegen dem Bundesrat beschloss der Ständerat jedoch, dass renitente Asylsuchende zwingend in besonderen Zentren untergebracht werden sollen. Der Nationalrat befasst sich in dieser Session das erste Mal mit dem Geschäft.</p>	-



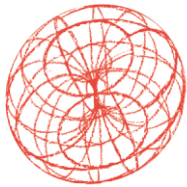
Datum	Nationalrat	Ständerat
09.09.2015	<p>12.322 (Standesinitiative Luzern): Beschleunigung des Asylverfahrens. Der Bund wird aufgefordert, das Asylverfahren an den Empfangsstellen zu beschleunigen und nur noch vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge auf die Kantone zu verteilen. Den Kantonen seien zudem sämtliche Kosten, die ihnen durch die Zuweisung von Asylsuchenden entstehen, vollumfänglich zu erstatten. Der Ständerat gab der Vorlage keine Folge, da das Anliegen innerhalb der Neustrukturierung des Asylbereichs aufgenommen wird.</p>	
10.09.2015	<p>15.3645 (Motion Fraktion SVP): Für ein sofortiges Asylmoratorium Der Bundesrat wird beauftragt, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr teilweise ausser Kraft zu setzen. Die Motion wird in einer ausserordentlichen Session des Ständerats zum Thema Asyl behandelt.</p>	<p>08.432 (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen. Die parlamentarische Initiative hat zum Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Ständerat behandelt die Entwürfe der Staatspolitischen Kommission.</p> <p>15.055 (Geschäft des Bundesrates): 40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187) Aufgrund eines Postulats (13.4187 „40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven“) hat der Bundesrat einen Bericht über Erfahrungen und Perspektiven anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums des EMRK-Beitritts erstellt. Der Ständerat behandelt den Bericht als Erstrat.</p> <p>15.3782 (Motion Föhn): Für ein sofortiges Asylmoratorium Der Bundesrat wird beauftragt, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr teilweise ausser Kraft zu setzen. Die Motion wird in einer ausserordentlichen Session des Ständerats zum Thema Asyl behandelt.</p>



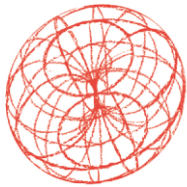
Datum	Nationalrat	Ständerat
17.09.2015	<p>13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet. Die Schweizer Rechtsordnung wird dem Hauptanliegen des Übereinkommens bereits in weiten Teilen gerecht. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p>15.3010 (Postulat WBK-N): Bericht des Bundesrats über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit. Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht über sämtliche Massnahmen und Aktionen zu unterbreiten, welche der Bund zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene ergriffen hat. Zudem sind darin die diesbezügliche Zusammenarbeit der Schweiz mit den internationalen Organisationen sowie die Rolle der Schweizer Unternehmen (insbesondere jener mit Bundesbeteiligung) sowie der Schweizer Botschaften und Konsulate aufzuzeigen. Der Bundesrat wird des Weiteren aufgefordert, in diesem Bericht auch seine Ziele in diesem Bereich sowie die künftigen Engagements zur Abschaffung der Kinderarbeit darzulegen. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
22.09.2015	<p>13.3616 (Motion de Buman): Lancierung und Umsetzung einer Schneesportoffensive. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament ein Massnahmenpaket zu unterbreiten, das den Anteil der Bevölkerung, der Schneesport treibt, nachhaltig steigert. Insbesondere soll Kindern der Zugang zum Wintersport erleichtert werden. Er soll gleichzeitig aufzeigen, wie der Bund diese Massnahmen durchführen soll und wie die Kantone und die Branchenverbände bei der Umsetzung einbezogen werden sollen. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen, der Ständerat hat sie in erster Lesung an die Kommission zurückgewiesen, danach mit der folgenden Änderung angenommen: „Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu unterstützen, um den Anteil der Bevölkerung, der Schneesport betreibt, zu steigern. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung der Aktivitäten des Vereins Schneesportinitiative“.</p> <p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat hat in der ersten Lesung einige Abweichungen zum Bundesrat beschlossen. Nach dem Ständerat behandelt auch der Nationalrat das Geschäft in dieser Session.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
23.09.2015	-	<u>12.3122</u> (Motion Amherd): Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen und diesem auch international zum Durchbruch zu verhelfen. Der Nationalrat hat den Vorstoss angenommen.
24.09.2015	<u>14.058</u> (Volksinitiative): Für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Volksinitiative möchte den Bund verpflichten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, das allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Höhe des Grundeinkommens und dessen Finanzierung sollen auf Gesetzesstufe geregelt werden. Die Initiantinnen und Initianten schlagen ein Grundeinkommen pro Monat von 2500 Franken für Erwachsene und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor. Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab. <u>14.4004</u> (Motion WAK-S): Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums. Der Bundesrat wird beauftragt, die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und des Steuerharmonisierungsgesetzes) dahingehend zu revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen und privaten Mitteln und die Einkünfte aufgrund der Bundesgesetzgebung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung im Sinne der Gleichbehandlung der Einkommenssteuer unterstellt werden und gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet wird. Der Ständerat hat die Vorlage angenommen.	<u>15.040</u> (Geschäft des Bundesrats): Bericht zu den abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen 2014. Der Bundesrat erstattet der Bundesversammlung Bericht über die 2014 abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge, die nicht der parlamentarischen Genehmigung unterlagen.



Datum	Nationalrat	Ständerat
24.09.2015	<p>09.300 (Standesinitiative Kanton Bern): Besteuerung von Sozialhilfeleistungen. Die Standesinitiative will die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und das Steuerharmonisierungsgesetz) dahingehend revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen Mitteln, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden (insbesondere Sozialhilfeleistungen), im Sinne der steuerlichen und wirtschaftlichen Gleichbehandlung gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden. Der Ständerat hat der Initiative keine Folge gegeben.</p>	
25.09.2015	<p>14.309 (Standesinitiative NE): Mutterschaftsurlaub bei Adoption. Die Standesinitiative verlangt vom Bundesrat die Einführung einer Adoptionsentschädigung im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft. Der Ständerat gibt dem Vorstoss keine Folge.</p> <p>10.407 (Parlamentarische Initiative): Prämienbefreiung für Kinder. Mit einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind Kinder von den Krankenkassenprämien zu befreien. Die Kommissionen beider Räte haben dem Vorstoss Folge gegeben, nach einer Fristverlängerung berät der Nationalrat eine erneute Fristverlängerung.</p> <p>Schlussabstimmungen.</p>	<p>Schlussabstimmungen.</p>